

Draft #2.B | not finalised! | 11.06.21, 17h03
Umfrage: <http://csch.link/rufc21-demsurv-de>



SCHWEIZER FINANZPLATZ: VOM KLIMAKILLER ZUM VORREITER?

Der Schweizer Finanzplatz verursacht das 20-fache der inländischen Treibhausgasemissionen oder über 2 % der weltweiten Emissionen¹. Noch immer hat die Politik Angst, diesen grössten Hebel der Schweizer Klimapolitik anzutasten. Uns bleibt deshalb nichts anderes übrig, als die Sache selbst in die Hand zu nehmen.

Unsere Forderungen an

Banken, Versicherungen und Pensionskassen:

A1. **Transparenz:** Sofortige Offenlegung aller Finanzflüsse und deren Einfluss auf die planetaren Belastbarkeitsgrenzen.²

A2. **Keine neuen emissionsverursachenden Investitionen:**³ Ab sofort müssen neue Investitionen klimagerecht⁴ sein.

A3. **Netto 0 bis 2030:** Reduktion der durch Finanzströme und bisherige Investitionen verursachten Treibhausgasemissionen auf netto 0 bis 2030 (ohne den Einsatz von Kompensationstechnologien).⁵

die Schweizerische Nationalbank (SNB), die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) und Politik:⁶

B1. Die SNB **erfüllt alle Forderungen an Banken** und geht **als positives Beispiel voran**.

B2. SNB und FINMA **regulieren** die Banken so, dass sich **klimagerechte Investitionen** lohnen.⁷

B3. Die SNB stellt **viel mehr ihrer enormen Gewinne** (unser gemeinsames Vermögen) für das **Gemeinwohl zur Verfügung**.⁸

B4. Über die Verwendung der Gewinne der Nationalbank **entscheiden neu eidgenössische und kantonale Klimaversammlungen**, die sich am Prinzip der Klimagerechtigkeit orientieren.⁹

Bankangestellte und -manager*innen

C1. **Whistle-blowing:** Die Öffentlichkeit über klimafeindliche Finanzierungen informieren, solange die Bank es nicht selbst tut.

C2. **Selbstreflexion:** Kann ich die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch meinen Arbeitgeber wirklich verantworten und mitmachen?

C3. **Organisation in Gewerkschaften oder lokalen Kollektiven**, damit eine Verschiebung der Macht innerhalb der Bank geschieht.

C4. **Einbezahlen der eigenen Boni oder Lohnüberschüsse in ein gemeinsames Konto**, über deren Verwendung eine Klimaversammlung gemäss dem Prinzip der Klimagerechtigkeit bestimmt.¹⁰

Draft #2.B | not finalised! | 11.06.21, 5h57
Umfrage: <http://csch.link/rufc21-demsurv-de>



Fussnoten:

¹ Klimaallianz Schweiz, Juni 2019, Zugriff: 2.6.2021, <https://www.klima-allianz.ch/wp-content/uploads/Klimahebel-Finanzplatz-Hochrechnung-1.pdf>

² Wir wollen wissen, wie viel Geld in welche Sektoren, in welche Industrien und Länder fließt und welchen Einfluss diese Investitionen auf die planetaren Belastbarkeitsgrenzen haben (z.B. Treibhausgasemissionen, Biodiversität, Bodennutzung, siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Planetare_Grenzen)

³ Einhaltung der jüngsten Schlussfolgerungen der Internationalen Energieagentur, die ab 2021 KEINE Finanzierung neuer Projekte für fossile Brennstoffe vorsieht, um eine Chance zu haben, den globalen Temperaturanstieg auf 1.5° C bis 2050 zu begrenzen.

⁴ Klimagerechtigkeit erfordert Lösungsansätze auf die Klimakrise, bei denen die Folgen für die am stärksten Betroffenen, vor allem im globalen Süden und die nachfolgenden Generationen berücksichtigt werden, sowie eine besondere Anstrengung derjenigen, die für diese Krise am Meisten verantwortlich sind.

⁵ Dies gilt für in- und ausländische Finanzierungen, Investitionen und Versicherungsdienstleistungen, die direkt oder indirekt zu Treibhausgasemissionen führen. Etablierung eines Reduktionspfades mit klaren Maßnahmen bis Ende 2021. Siehe Seite 10-14: https://admin.climate-prod.ch/uploads/DE_Argumentarium_f20380a09b.pdf

⁶ Die eidgenössischen Behörden müssen die SNB (und die FINMA) nötigenfalls verpflichten, die Pariser Vereinbarungen und ihren Auftrag, "den Interessen des gesamten Landes zu dienen", einzuhalten. Die kantonalen Behörden müssen als Hauptaktionäre der SNB in diesem Sinne intervenieren

⁷ Die Finanzregulierung durch SNB und FINMA muss private Banken von Investitionen in fossile Brennstoffe abhalten und Investitionen in niedrig verzinsten und langfristigen Anlagen fördern, die dem Klima zuträglich sind.

⁸ Die riesigen Bestände (1000 Mrd. CHF) der SNB - unser gemeinsames Vermögen - müssen für das Gemeinwohl eingesetzt werden durch: a) eine klimapositive Investitionspolitik; b) stark erweiterte Ausschüttungen an Bund und Kantone aus den jährlichen Überschüssen, um die dringende Sozial- und Energiewende zu finanzieren und die Verantwortung für das von den reichen Ländern provozierte Klimachaos im Globalen Süden zu übernehmen. Heute sind nur 6 von 40 Milliarden verteilt; c) die Finanzierung, und falls erforderlich, durch die Schaffung spezifischer Kredite.

⁹ Ein erster Schritt zur notwendigen Demokratisierung der Finanzen muss getan werden: Wir schlagen die Organisation von kantonalen und eidgenössischen Klimaversammlungen mit Menschen aus der Zivilgesellschaft vor, um ein Budget für den sozialen und wirtschaftlichen Übergang zu erarbeiten. Dieses Budget soll vor allem durch die zusätzlichen Milliarden der SNB finanziert werden.

¹⁰ Interessierte Banker*innen finden unter folgender Seite entsprechende Kontoangaben: riseupforchange.ch/jointaccount
Natürlich können sich auch die geldgebenden Personen an der Klimaversammlung beteiligen.